



Sessionsbericht der Frühjahrsession 2014

Der Schatten des Ausschlusses der Schweiz von den EU-Programmen

In der Frühjahrsession 2014 haben die eidgenössischen Räte mit dem Weiterbildungsgesetz, der Revision des Stipendienwesens und der Präimplantationsdiagnostik verschiedene bildungs- und forschungsrelevante politische Geschäfte behandelt. Über allem hing jedoch der Schatten des Ausschlusses der Schweiz von den Bildungs- und Forschungsprogrammen der Europäischen Union (EU). Dieser beschäftigt auch viele Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier, wie zahlreiche Vorstösse zum Thema zeigen. Vorerst liegt der Ball aber bei der Exekutive: Der Bundesrat muss Lösungen ausarbeiten, damit sich die Schweiz möglichst bald an die europäischen Programme Horizon 2020 und Erasmus+ assoziieren kann.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

Entscheide des Parlaments

EU-Programme: Übergangslösungen für Studierende und Forschende

Mit Übergangslösungen soll die Nichtbeteiligung der Schweiz an den Bildungs- (Erasmus+) und Forschungsprogrammen (Horizon 2020) der Europäischen Union (EU) im Jahr 2014 kompensiert werden. Das hat der Bundesrat während der ersten Sessionswoche an einer [Pressekonferenz](#) bekannt gegeben. So sollen Schweizer Studierende im Studienjahr 2014/2015 indirekt am Austauschprogramm Erasmus+ teilnehmen und an ausländischen Hochschulen studieren können.

Der Bundesrat will auch Forschende unterstützen, die sich aufgrund der Sistierung der Assoziierungsverhandlungen nicht am Forschungsprogramm Horizon 2020 beteiligen können. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) soll Lösungen finden, um die Teilnahme von Wissenschaftlern an Forschungszusammenarbeiten im Rahmen von Horizon 2020 direkt zu finanzieren. Zusätzlich entwirft der Schweizerische Nationalfonds (SNF) befristete Förderinstrumente, mit denen die fehlenden Stipendien des Europäischen Forschungsrats (ERC) im laufenden Jahr kompensiert werden sollen. Es ist möglich, dass diese Übergangslösungen zusätzliche finanzielle Mittel erfordern.

Diese können die dringlichsten Probleme aber nur kurzfristig lindern. Mittelfristig sichert einzig eine gleichberechtigte Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen den Erfolg des Wissensplatzes Schweiz.

Mittelweg für gleich lange Spiesse im Stipendienwesen

Der Nationalrat hat während zwei Tagen die künftige Ausgestaltung des Schweizerischen Stipendienwesens diskutiert. Angestossen wurde die Debatte von der Stipendieninitiative des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS). Dieses Volksbegehren lehnte die grosse Kammer mit 122 zu 55 Stimmen zwar klar ab. Die Mehrheit ist aber der Meinung, dass die Spiesse im heutigen Stipendiensystem nicht für alle Studierenden gleich lang sind: Die Chancen auf eine höhere Bildung hängen stark vom Wohnkanton und der Finanzkraft der Eltern ab. Die grosse Kammer stimmte daher einem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zu, der die kantonalen Stipendien mit einer Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes ([13.058](#)) formell harmonisieren will. Demnach sollen künftig nur noch diejenigen Kantone Bundessubventionen für Stipendien erhalten, welche die formalen Bedingungen des interkantonalen Stipendienkonkordats erfüllen.

Einigen Parlamentariern geht der Entwurf des Bundesrats aber noch nicht weit genug. Die Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) forderte eine materielle Harmonisierung der kantonalen Stipendien über einen neuen Verteilmechanismus der Subventionen des Bundes: Anstatt wie bisher gemäss Anzahl der Einwohner, sollten die Bundesbeiträge künftig in Abhängigkeit der effektiv geleisteten Ausbildungsbeiträge verteilt werden. Die Bundessubventionen dienten den Ständen demnach als Anreiz, die Beiträge für die Lernenden zu erhöhen. Diese Idee fand im Plenum aber keine Mehrheit; die Nationalrätinnen und Nationalräte stimmten mit 92 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen dagegen. Da bei dieser Frage aber verschiedene Parlamentarier versehentlich entgegen ihrer eigentlichen Absicht stimmten, könnte diese Idee später wieder aufgenommen werden.

Die grosse Kammer will das Ausbildungsbeitragsgesetz ausserdem auf die höhere Berufsbildung ausweiten. Bisher werden nur Studierende an Universitäten und Fachhochschulen berücksichtigt. Im Weiteren stimmte der Nationalrat einer Motion der WBK-N ([14.3006](#)) zu, die generell eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Stipendien fordert. Heute macht der Bundesanteil von jährlich 25 Millionen Franken lediglich 8 Prozent der ausbezahlten Gesamtsumme aus. Gesetzesrevision und Motion gehen nun an den Ständerat.

{Protokoll des Nationalrats vom [18. März 2014](#)}

{Protokoll des Nationalrats vom [19. März 2014](#)}

Weiterhin Differenzen im Weiterbildungsgesetz

National- und Ständerat haben in der Frühjahrssession das Bundesgesetz über die Weiterbildung ([13.038](#)) behandelt. Die beiden Kammern sind sich noch nicht in allen Punkten einig. Die Ständerätinnen und Ständeräte sprachen sich mit 33 zu 7 Stimmen deutlich dafür aus, den Arbeitgebern im Gesetz eine gewisse Verantwortung zu übertragen. Demnach sollen sie die Weiterbildung ihrer Angestellten «begünstigen». Der Nationalrat war anderer Meinung: Mit 99 zu 90 Stimmen bei 6 Enthaltungen sprach er sich gegen diese Formulierung aus. Eine weitere Differenz besteht bei den Wettbewerbsbedingungen für private und staatlich subventionierte Weiterbildungsanbieter. Gemäss Nationalrat verzerrt eine öffentliche Organisation den Wettbewerb mit privaten Institutionen nicht, wenn sie die Weiterbildung zu Marktpreisen anbietet. Die kleine Kammer lehnt diese Formulierung ab.

Daneben einigten sich die beiden Räte in vielen Punkten des Gesetzesentwurfs. So stimmte der Ständerat dem Vorschlag zu, dass künftig auch der Erwerb einer Landessprache zum Katalog der zu fördernden Grundkompetenzen zählen soll. Der Bund kann die Kantone zu diesem Zweck subventionieren. Aus dem Gesetzesentwurf gestrichen wurde hingegen die Verpflichtung der Kantone, kostenlose Information und Beratung über das umfassende Weiterbildungsangebot anzubieten. Nachdem der Nationalrat in der Wintersession diesen Passus noch begrüsst, stimmte er nun mit 106 zu 85 Stimmen bei 4 Enthaltungen dagegen. Die beiden Räte werden sich in der Sommersession über alle Inhalte dieses Rahmengesetzes einigen müssen.

{Protokoll des Ständerats vom [5. März 2014](#)}

{Protokoll des Nationalrats vom [18. März 2014](#)}

Ständerat folgt bei Präimplantationsdiagnostik dem Kurs des Bundesrats

In der zweiten Sessionswoche haben die Ständerätinnen und Ständeräte über die Revision des Fortpflanzungsmedizinalgesetzes ([13.051](#)) beraten. Mit 30 zu 3 Stimmen bei 8 Enthaltungen wollen die Kantonsvertreter die Präimplantationsdiagnostik zulassen. Demnach soll es künftig möglich sein, dass Embryos vor der Einpflanzung in den Mutterleib auf Erbkrankheiten untersucht werden, wenn die Voraussetzungen der Eltern ein Risiko für das Kind darstellen. Ausserdem soll es künftig möglich sein, acht anstatt wie bisher nur drei im Reagenzglas erzeugte Embryonen zu konservieren.

Das Plenum der kleinen Kammer will einen engeren gesetzlichen Rahmen als die Mehrheit seiner vorberatenden Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S), welche die Präimplantationsdiagnostik noch umfassender zulassen wollte. Damit folgen die Ständeratsmitglieder dem Kurs des Bundesrats. Ende März wird die WBK des Nationalrats über die Gesetzesrevision beraten. Das letzte Wort wird das Volk haben, da neue Bestimmungen zur Präimplantationsdiagnostik auch in der Bundesverfassung festgehalten werden.

{Protokoll des Ständerats vom [11. März 2014](#)}

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier...

... im Nationalrat mit 99 zu 78 Stimmen der Motion für gerechte ETH-Studiengebühren ([13.4008](#)) ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zugestimmt. Der Vorstoss soll den Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Lausanne und Zürich ermöglichen, differenzierte Gebühren für Studierende zu erheben, deren Eltern nicht in der Schweiz steuerpflichtig sind. Die Motion geht an den Ständerat.

... im Ständerat die Revision des Medizinalberufegesetzes (MedBG) ([13.060](#)) mit 31 zu 0 Stimmen verabschiedet. Das Gesetz legt die Hausarztmedizin als Ziel der ärztlichen Aus- und Weiterbildung fest. Als nächstes wird sich der Nationalrat mit der Vorlage befassen.

... im Nationalrat den Leistungsbericht des ETH-Rats ([13.081](#)) für die Periode 2008 bis 2012 einstimmig genehmigt.

... im Ständerat die Ecopop-Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» ([13.086](#)) mit 39 zu 1 Stimme bei einer Enthaltung abgelehnt.

[{Top}](#)

Vom Bundesrat beantwortet

Zukunft des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung

Interpellation [13.4061](#) von Ständerat Luc Recordon (Grüne). Eingereicht am 3. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 darauf geantwortet.

Nationales Forschungsprogramm «Alltagstauglicher Datenschutz in der Informationsgesellschaft»

Motion [13.4086](#) der Grünen Fraktion. Eingereicht am 5. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 26. Februar 2014 die Ablehnung der Motion beantragt.

Welche Mittel erhält die Forschung im Bereich Agrarökologie?

Interpellation [13.4119](#) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP). Eingereicht am 10. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 darauf geantwortet.

Der duale Bildungsweg in Gefahr. Wie reagieren?

Postulat [13.4123](#) von Nationalrat Yannick Buttet (CVP). Eingereicht am 10. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 die Ablehnung des Postulats beantragt.

Fachkräftemangel und Weiterbildung. Ausarbeitung eines Modells zur Einführung von Bildungszeitkonti

Postulat [13.4133](#) von Nationalrat Daniel Jositsch (SP). Eingereicht am 11. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 die Ablehnung des Postulats beantragt.

Finanzierung des Organs zur Koordination im Hochschulbereich

Interpellation [13.4148](#) von Nationalrat Jacques Neirynd (CVP). Eingereicht am 11. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 darauf geantwortet.

Änderung der Artikel 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes

Motion [13.4171](#) von Nationalrätin Josiane Aubert (SP). Eingereicht am 12. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 29. Januar 2014 darauf geantwortet.

Kriterien für die Anerkennung ausländischer Diplome verschärfen

Postulat [13.4194](#) von Nationalrat Jean-Paul Gschwind (CVP). Eingereicht am 12. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 19. Februar 2014 die Ablehnung des Postulats beantragt.

Zürcher Forschungsskandal. Verletzung geltenden Rechts und Unterlassen von Abklärungen zu strafrechtlichen Handlungen im Rahmen von SNF-Projekten

Interpellation [13.4222](#) von Nationalrat Oskar Freysinger (SVP). Eingereicht am 12. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 darauf geantwortet.

Nationalfonds. Unterlassene Überwachungspflicht bezüglich der mit Bundesmitteln erhobenen Forschungsdaten

Anfrage [13.1090](#) von Nationalrat Andreas Gross (SP). Eingereicht am 12. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 darauf geantwortet.

Transparente Hochschulen sind zeitgemäss

Interpellation [13.4256](#) von Nationalrätin Aline Trede (Grüne). Eingereicht am 13. Dezember 2013. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2014 darauf geantwortet.

[{Top}](#)

Neu eingereichte Vorstösse

Stärkere Beteiligung des Bundes an den Ausbildungsbeiträgen

Motion [14.3006](#) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N). Eingereicht am 13. Februar 2014.

Massnahmen zur Linderung des Fachkräftemangels aufgrund der neuen Ausgangslage

Motion [13.3009](#) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S). Eingereicht am 24. Februar 2014.

Notwendige Reaktionen auf die Abstimmung vom 9. Februar 2014

Dringliche Interpellation [14.3034](#) von der Grünen Fraktion. Eingereicht am 5. März 2014.

Masseneinwanderungs-Initiative. Volkswillen umsetzen und Bilaterale retten

Dringliche Interpellation [14.3036](#) der CVP/EVP-Fraktion. Eingereicht am 5. März 2014.

Erasmus+. Beschränkung auf den Studierenden-Austausch

Interpellation [14.3069](#) von Nationalrat Lukas Reimann (SVP). Eingereicht am 12. März 2014.

Universalismus in der Forschungs- und Bildungsaussenpolitik

Interpellation [14.3083](#) von Nationalrat Felix Müri (SVP). Eingereicht am 12. März 2014.

Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz gegen Ligaabstieg sichern

Motion [14.3103](#) der SP-Fraktion. Eingereicht am 17. März 2014.

Hausgemachter Fachkräftemangel im Gesundheitswesen

Interpellation [14.3112](#) von Nationalrat Jürg Stahl (SVP). Eingereicht am 18. März 2014.

Erasmus. Hohe Kosten aber nur wenige Teilnehmende

Interpellation [14.3115](#) von Nationalrat Lorenzo Quadri (Lega). Eingereicht am 18. März 2014.

Verschärfung des MINT-Fachkräftemangels durch die Masseneinwanderungs-Initiative

Interpellation [14.3118](#) von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP). Eingereicht am 19. März 2014.

Zulassung mit gymnasialer Matura zum Fachhochschulstudium

Interpellation [14.3150](#) von Ständerat Ivo Bischofberger (CVP). Eingereicht am 19. März 2014.

Worin besteht die Attraktivität unserer Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Lausanne und Zürich für ausländische Studierende?

Interpellation [14.3160](#) von Nationalrat Jean-Paul Gschwind (CVP). Eingereicht am 20. März 2014.

Anreize zur Verminderung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen schaffen

Motion [14.3162](#) von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP). Eingereicht am 20. März 2014.

Wie steht es um das Mobilitätsprogramm Magellan?

Interpellation [14.3198](#) von Nationalrat Laurent Favre (FDP). Eingereicht am 20. März 2014.

Umsetzung des Humanforschungsgesetzes. Quo vadis?

Anfrage [14.1013](#) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP). Eingereicht am 20. März 2014.

Mehr Ausbildungsplätze in der Humanmedizin. Stopp dem drohenden Ärztemangel

Parlamentarische Initiative [14.407](#) von Nationalrätin Margrit Kessler (GLP). Eingereicht am 20. März 2014.

Der Schweizerische Innovationspark, die Basis der Schweizer Wirtschaft und die Fachhochschulen

Interpellation [14.3206](#) von Ständerat Hans Stöckli (SP). Eingereicht am 20. März 2014.

Zukunft der biomedizinischen Forschung und Technologie

Interpellation [14.3244](#) von Nationalrätin Bea Heim (SP). Eingereicht am 21. März 2014.

Die Schweiz muss mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden. Aktueller Stand und Ausblick?

Interpellation [14.3245](#) von Nationalrätin Bea Heim (SP). Eingereicht am 21. März 2014.

Die Studierenden und Forschenden nicht zwei Mal bestrafen!

Interpellation [14.3275](#) von Nationalrat Jacques-André Maire (SP). Eingereicht am 21. März 2014.

[{Top}](#)

Kontakt

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

+++++
Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.
+++++

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

27. März 2014

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse info@sengerinteractive.ch eingetragen.
Ihre Daten können Sie >> [hier ändern](#)
Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? >> [abmelden](#)